



LinzPLUS-Gemeinderatsfraktion Linz
Fraktionsobmann Lorenz Potocnik
mehr@linzplus.at www.linzplus.at
Altes Rathaus, Hauptplatz 1, 4041 Linz

An den
Bürgermeister
Altes Rathaus, Hauptplatz 1
4041 Linz

Antrag gemäß § 12 StL idgF betreffend:
**Direkte Demokratie: Bürgerbeteiligung per Klick statt Amtsweg –
Linzer Volksbefragungen mit ID Austria auf den Weg bringen!**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Das Vertrauen in die Politik und unsere Demokratie in Österreich sinkt seit Jahren. Umso wichtiger ist es, demokratische Mitbestimmung und Bürger:innenbeteiligung zu stärken und den Menschen auch zwischen den Wahlen Möglichkeiten zu geben, aktiv mitzugestalten.

Doch mit der 'Öö. Direkt-Demokratie-Reform 2026' wurde das Gegenteil erreicht: So dürfen seit dem 31. Juli 2026 Unterstützungserklärungen zur Einleitung einer Volksbefragung in Linz nicht mehr frei im öffentlichen Raum gesammelt werden. Stattdessen müssen Bürger:innen ihre Unterstützung gemäß § 68 Abs. 5 des veränderten Linzer Stadtstatuts persönlich beim Magistrat abgeben. Des Weiteren wurde die bisher angemessene zwölfmonatige Frist auf nur vier Wochen drastisch verkürzt. Die Hürden für eine Volksbefragung wurden so derart erhöht, dass sie de facto nicht mehr überwindbar sind.

Landesgesetzblatt vom 9.7.2026 mit den Veränderungen:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=LgblAuth&Dokumentnummer=LGBLA_OB_20260730_55.

In Anbetracht des Vertrauensverlustes in die Politik und dem dringenden Bedarf nach mehr direkter Demokratie sehen wir das als 'Foul' und ein völlig falsches Signal an alle, die sich mit einer Stimmabgabe alle sechs Jahre nicht zufriedengeben und ihre Stadt aktiv mitgestalten wollen.

Abgesehen davon **schließt diese Einschränkung einen beträchtlichen Teil der Linzer Bevölkerung aus:** Denn viele haben nicht die Ressourcen oder Möglichkeiten, zu Amtszeiten ins Neue Rathaus zu kommen. Berufstätige, bettlägerige oder aus anderen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen sowie Linzer:innen, die weit vom Neuen Rathaus entfernt wohnen, werden in Wirklichkeit ausgeschlossen. Der Alltag vieler Menschen ist geprägt von vollen Terminkalendern und Stress. Gerade für berufstätige Alleinerziehende bleibt neben der Erziehungsarbeit oftmals wenig Zeit für demokratisches Engagement. Es ist sogar fraglich, ob diese Hürden unseren städtischen Zielen der Teilhabe und dem Recht auf Gleichbehandlung entsprechen.

Besonders unverständlich ist dieser Rückschritt in einer Stadt wie Linz, die modern sein will und sich selbst als **‘digitale Hauptstadt’** versteht. Mit den heutigen Technologien ist es leicht, Bürger:innen ihre Unterstützung für eine Linzer Volksbefragung einfach, sicher und ortsunabhängig **mittels ID Austria** zu ermöglichen – so wie es bei bundesweiten Volksbegehren längst möglich ist:

Link zur Unterstützung von Volksbegehren:

https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/buergerbeteiligung/2/Seite.320472.

Demokratische Mitbestimmung erleichtern!

Die jetzige Regelung bedeutet nicht nur unnütze, in keiner Weise nachvollziehbare Aufwände für die Bürger:innen und die Initiativen, sondern auch einen hohen organisatorischen und personellen Aufwand für die Stadtverwaltung. Schließlich müssen die Untersttzungserklrungen vom Personal während dieser vier Wochen entgegengenommen, geprüft und dokumentiert werden.

Eine digitale Unterstützung per ID Austria - als per Klick - würde den Prozess deutlich vereinfachen und wäre eine echte Reform und Verbesserung für alle, nicht nur die Bürger:innen, sondern auch für die Verwaltung.

Die Digitalisierung demokratischer Mitbestimmung sollte allerdings über Volksbefragungen hinausgehen: Auch Untersttzungserklrungen für Wahlvorschläge bei Gemeinderatswahlen sollten künftig einfach, sicher und ortsunabhängig mittels ID Austria abgegeben werden können.

Dass das geht, zeigt die **Reformpartnerschaft von Bund, Ländern und Gemeinden** <https://kommunal.at/abwicklung-von-volksbegehren-soll-einfacher-werden>: Auf Bundesebene wird gerade daran gearbeitet, die Abwicklung von Volksbegehren zu vereinfachen, Online-Unterstützungen zu fördern, Untersttzungsphasen zu verlängern (auf zwei Jahre) und bürokratische Hürden abzubauen. Staatssekretär **Alexander Pröll** (ÖVP) bringt das Ziel auf den Punkt: *„Demokratie nicht komplizierter, sondern administrativ einfacher und effizienter zu machen, ohne die demokratische Beteiligung selbst einzuschränken.“*

Genau diesen Anspruch sollte auch Linz als innovative, digitale Hauptstadt verfolgen. Um die direkte Demokratie in unserer Stadt zu stärken, bürokratische Hürden abzubauen und die Möglichkeiten der Digitalisierung besser zu nutzen, sollte sich Linz gemeinsam mit Wels und Steyr für ein zeitgemäßes und brgerfreundliches Statut und direktdemokratische Prozesse einsetzen.

Die unterzeichnenden Gemeindert:innen stellen folgenden Antrag.

Der Gemeinderat der Stadt Linz möge beschließen:

Der Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Dietmar Prammer, wird ersucht, eine Resolution an die Oberösterreichische Landesregierung (den Oberösterreichischen Landtag?) zu erarbeiten, in der folgende Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen gefordert werden:

1. **Digitale Unterstützung ermöglichen:** Untersttzungserklrungen zur Einleitung von Volksbefragungen sowie für Wahlvorschläge bei Gemeinderatswahlen sollen künftig auch einfach, sicher und ortsunabhängig mittels ID Austria abgegeben werden können. Diese digitale Möglichkeit soll die persönliche, analoge Abgabe beim Magistrat ergänzen, um demokratische Mitbestimmung niederschwelliger und barrierefreier zu gestalten und gleichzeitig die Stadtverwaltung personell und organisatorisch zu entlasten.
2. **Untersttzungsphasen wieder verlängern:** Die auf nur vier Wochen verkürzte Frist zur Abgabe von Untersttzungserklrungen für Volksbefragungen soll wieder deutlich verlängert werden,

idealerweise auf die ursprünglich geltenden zwölf Monate. Damit soll ausreichend Zeit für die Aufklärung und Beteiligung der Bürger:innen geschaffen und die direkte Demokratie nachhaltig gestärkt werden.

Bedeckungsvorschlag: Etwaige Kosten können durch Umschichtungen im Budget gedeckt werden. Des Weiteren wird ersucht, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates zu setzen.

Berichterstatterin: GRin Brita Piovesan
Linz am 20. Oktober 2026